



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

## **Der Kampf um Nordchina**

**Menz, Gerhard**

**Bern [u.a.], 1936**

Die chinesische Nordfront und der Weltkrieg

---

[urn:nbn:de:hbz:466:1-82914](#)

## Die chinesische Nordfront und der Weltkrieg

---

### *Die fremden Mächte und die chinesische Revolution*

Die chinesische Regierung, die 1912 das Erbe der Mandschus antrat, fand die Frage an der Nordfront zunächst nur in der Mongolei in Bewegung vor. Hier waren die schon 1910 wegen der Erneuerung des bisherigen Vertragszustandes eröffneten Verhandlungen mit Rußland noch im Gange, und Petersburg hatte in seinen letzten Noten Peking gegenüber noch eine sehr anspruchsvolle Sprache geführt. Dahinter machte sich indessen, wie wir sahen, bereits das Bestreben Rußlands bemerkbar, sich nicht unnötig festzurennen. Nach dem Vorspiel des Tripoliskrieges brachte ja in demselben Jahr 1912 der Balkankrieg die Dinge im Vorderen Orient in Bewegung, was Rußland zwang, seine ganze Aufmerksamkeit auf Europa zu richten. Die Verhandlungen mit der neuen chinesischen Regierung über die Mongolei wurden fortgeführt. Sie erhielten eine neue Grundlage, indem sich die Mongolei selbst der Herrschaft Pekings zu entziehen versuchte. Ein Teil der mongolischen Fürsten erkannte den Präsidenten Yuanschikai nicht als Rechtsnachfolger der Mandschu-Dynastie an und erklärte die äußere Mongolei für unabhängig. Rußland war naturgemäß sofort bereit, diese Chance auszunutzen, ohne freilich deswegen sogleich mit Peking zu brechen. Denn internationale Weiterungen war es unter den obwaltenden Umständen zu vermeiden bemüht. Es mußte auch auf Yuanschikai einige Rücksicht nehmen, der vor allem von England für die Erhaltung geordneter Zustände in China als unentbehrlich angesehen wurde. Für alle Fälle jedoch vervollständigte Rußland seine Abmachungen mit Japan, um bei etwaigen Verwicklungen in Europa gedeckt zu sein und nötigenfalls seine Truppen aus Sibirien zurückziehen zu können. Japan war bei Ausbruch der chinesischen Revolution anfänglich geneigt gewesen, den Mandschus Unterstützung zu gewähren. Dahinter verbarg sich unzweifelhaft die Hoffnung, so deren Dankbar-

keit zu gewinnen und sich von ihnen dann die geleisteten Dienste durch Anerkennung seiner Interessen in der Mandschurei bezahlen zu lassen. Tokio drang aber mit diesen Gedanken nicht durch. In den Verhandlungen über die Gewährung der großen internationalen Anleihe, die das republikanische China notwendiger noch als die Mandschus brauchte, verfochten Japan und Rußland gemeinsam die alte Forderung, daß die Gebiete nördlich der Großen Mauer davon ausgenommen bleiben müßten, und fanden dafür um so eher die Unterstützung Englands wie Frankreichs, als das erstere auf diese Weise als Gegenleistung die Anerkennung Yuanschikais durchzusetzen vermochte. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika waren durch den Präsidentschaftswechsel in Washington in diesem Augenblick in ihrer Bewegungsfreiheit gelähmt. Auch versagte angesichts der Geschlossenheit der Ententemächte wie schon oft die Widerstandskraft der amerikanischen Interessen. Eine entschlossene amerikanische Politik hätte sich mit dem Gedanken vertraut machen müssen, nötigenfalls ihren Willen auch mit Waffengewalt durchzusetzen. Davor schreckte man indessen in Washington zurück. In Ostasien Krieg zu führen ist in der Tat selbst für USA. mehr als ein Wagnis. Angesichts der wachsenden Spannung in Europa war es doppelt groß. So zog sich denn der neue Präsident Wilson sofort nach seinem Amtsantritt aus den chinesischen Auseinandersetzungen zurück und lehnte es ab, die Interessen der amerikanischen Banken in den Anleiheverhandlungen von Amts wegen weiter zu vertreten. Es wurde der Zukunft überlassen zu entscheiden, was werden sollte. Dafür hing alles davon ab, ob sich das republikanische China unter der Führung Yuanschikais soweit würde festigen können, daß es die unter den Mandschus begonnene aktive Politik fortzusetzen imstande bliebe.

#### *Ostasien beim Ausbruch des Weltkriegs*

So war die Lage, als der Weltkrieg ausbrach. Es gab in diesem Augenblick in ganz Ostasien niemanden, der nicht überzeugt gewesen wäre, daß diese Wendung die große

Chance für Japan brachte, auf die es vermutlich längst gewartet und im Stillen sich planmäßig vorbereitet hatte. Neben der Mongolei — und noch entschiedener — trat damit die mandschurische Frage wieder in den Vordergrund. Keiner vielleicht hat das mit allen wahrscheinlichen Folgen sofort so klar durchschaut wie Yuanschikai, der deshalb auch in den ersten Tagen des August bis zum japanischen Ultimatumsbeschuß eine beachtliche Aktivität entwickelte. Es hätten an sich für Japan mehrere Möglichkeiten bestanden, seine Interessen zu verfolgen, und es gab in der Tat Leute in Japan, die damals auch sehr ernsthaft erwogen haben, das an der Seite Deutschlands oder wenigstens nicht auf der Seite seiner Gegner unter aktivem Vorgehen gegen es zu tun. Vielleicht hätte das ausgenutzt werden können. Schließlich waren aber doch schon so viel Fäden gesponnen, daß die Entscheidung so fallen mußte, wie es geschehen ist. Man darf nicht übersehen, daß bei Kriegsausbruch in Tokio der Mann Minister der Auswärtigen Angelegenheiten war, der 1911 als Gesandter in London die Verhandlungen über die Erneuerung des englisch-japanischen Bündnisses geführt hatte und nicht zuletzt für die Gestalt verantwortlich war, die es dabei bekommen hatte. Man braucht Kato durchaus keine Abhängigkeit von England zuzuschreiben. Er hat die japanischen Interessen wahrgenommen. Worum es dabei vordringlich ging, wird klar, wenn man bedenkt, daß die 1898 entstandenen Rechte, die Japan 1905 als Nachfolger Rußlands in der Südmandschurei erworben hatte, auf 25 Jahre befristet waren und 1923 zu erlöschen drohten. Nach allen Opfern, die Japan für die Erwerbung seines südmandschurischen Besitzes gebracht hatte, und nach allem, was es in den Jahren seitdem für seine Entwicklung aufgewandt und daraus gewonnen hatte, war es selbstverständlich, daß die japanische Politik alles daran setzen mußte, dem vorzubeugen, daß jener Besitz eines Tages entschädigungslos an China wieder zurückzugeben sein würde. Mit einem so unrühmlichen Ausgang des mandschurischen Abenteuers sich abzufinden würde das japanische Volk schwerlich bereit gewesen sein; das war vorauszusehen. Keine verantwortungsbewußte Regierung konnte dem tatenlos zu-

sehen. Die Gefahr von Verwicklungen im Zusammenhang damit wurde aber um so größer, als sich die amerikanische Politik offensichtlich darauf einstellte, China den Rücken dafür zu stärken, die japanischen Rechte in der Mandschurei nicht zu verlängern. Wenn England die Erneuerung des erst 1915 ablaufenden Bündnisses mit Japan schon 1911 durchgesetzt und es dabei namentlich im Hinblick auf USA. unwirksam gemacht hatte, so war dabei gewiß nicht nur die veränderte Lage in diesem Augenblick maßgebend gewesen. Selbstverständlich spielte Korea 1911 keine Rolle mehr, nachdem es schon 1910 von Japan einverleibt worden war. Ebenso war das Verhältnis zu Rußland anders geworden. Wichtiger war schon, daß die Krise von 1911 bewies, daß nicht mehr nur an den Ausbruch kriegerischer Verwicklungen unmittelbar in Asien gedacht werden durfte, daß vielmehr der Bündnisfall auch auf einen in Europa ausbrechenden Krieg und seine Rückwirkungen auf Ostasien umgeschrieben werden mußte. Es dürfte aber auch die Überlegung mitgesprochen haben, die nächste Erörterung der etwaigen Bündniserneuerung vor das Ablauen jenes Entscheidungsjahres 1923 vorzuverlegen, damit England in diese Entscheidung nicht mit gebundenen Händen einzutreten genötigt wäre, sich vielmehr dann nach den Umständen frei zu entscheiden vermochte, wie es seine Interessen erfordern würden. Trifft das zu, dann war aber eben für Kato, der diese Zusammenhänge kannte, die Notwendigkeit um so größer, 1914, als die Stunde schlug, die in dem Bündnis immer noch enthaltenen Möglichkeiten — und er hatte sie sich 1911 offensichtlich zu schaffen gewußt — unbedingt zu nutzen. So hat er denn damals auch gehandelt, vom japanischen Standpunkt aus handeln müssen. Anzunehmen, er hätte sich schon 1911 von England einfach nur Tsingtau versprechen lassen, ist naiv. Dem widerspricht alles, was sich im August 1914 tatsächlich abgespielt hat, ehe das japanische Ultimatum an Deutschland erging. Das Bündnis umfaßte weit größere Gesichtspunkte. Aber eben die Bündnisbestimmungen waren in der Tat das Sprungbrett für Japan, um die Gelegenheit des Ausbruchs des Weltkrieges nicht verpassen zu brauchen und seine Chance wahrnehmen zu können.

### *Die Tsingtaufrage 1914*

Nach allem, was bekannt geworden ist, hat Japan 1914 unmittelbar nach Ausbruch des Krieges zwischen England und Deutschland dem ersteren unter Bezugnahme auf den Artikel 2 ihres Bündnisses mitgeteilt, daß es zu seinen Verpflichtungen stehe. Der angezogene Artikel 2 in der Fassung von 1911 bestimmte, daß jeder Vertragspartner dem andern sofort zu Hilfe zu kommen habe, sobald dieser, wo immer beginnend, in einen Krieg verwickelt würde, in dem er sich auch zur Verteidigung seiner Interessen und seines Besitzes in Ostasien genötigt sehen würde. So gefährlich weitgehend der Automatismus dieser Vereinbarung auf den ersten Blick erscheinen kann, er erweist sich bei genauerem Zusehen doch als beachtlich gemildert, und gerade aus dieser vorsichtigen Verklausulierung erklärt sich der langsame und scheinbar widersprüchsvolle Verlauf der Ereignisse von jenem ersten Schritt bis zur japanischen Kriegserklärung. Zugleich erhellt die Analyse dieser Verhandlungen aber auch die große Bedeutung, die sie für die Entwicklung der chinesischen Nordfront-Frage gehabt haben. Sie hat im Zusammenhang damit ein völlig anderes Aussehen angenommen. Auf Grund jener allgemeinen japanischen Bereitschaftsmitteilung war England an der Reihe zu erklären, ob es sich infolge des Kriegsausbruches in Europa in der Tat auch zu kriegerischen Maßnahmen genötigt sähe, um seine Interessen und seinen Besitz in Ostasien zu verteidigen. England hätte das durchaus verneinen können. Die in China ansässigen Engländer, einschließlich des Gouverneurs von Hongkong und wohl auch der Gesandtschaft in Peking, wären, nach zahlreichen Äußerungen zu urteilen, damit einverstanden gewesen. Ihnen war bei dem Gedanken eines Eingreifens Japans alles andere als wohl zumute. Sie fürchteten unübersehbare Folgen. Außerdem glaubte man, die amerikanische Empfindlichkeit schonen zu sollen. Von hier aus erhielt wohl auch Yuanschikai die Anregung zu dem Versuch, China für den ausgebrochenen Krieg zu neutralisieren. Er wandte sich deswegen an die beiden, damals noch neutralen Mächte, auf die es für Ostasien am meisten ankam: an Japan und Amerika. Überdies trat er

mit dem damaligen deutschen Geschäftsträger in Peking, dem Freiherrn von Maltzan, in Verhandlungen, um die im Kiautschouvertrag vorgesehene freiwillige Rückgabe des Pachtgebiets durch Deutschland an China herbeizuführen. Die deutscherseits in Tsingtau durchgeföhrte Mobilmachung wurde von den Gegnern als Bedrohung des Friedens in China bezeichnet. Wäre es zur Rückgabe des Platzes an China und zur Neutralisierung der deutschen Besatzung gekommen, so war eine Bedrohung, gegen die sich England zu verteidigen gehabt hätte, nicht mehr nachweisbar, und der Bündnisfall wäre gar nicht gegeben gewesen. Freiherr von Maltzan war weitsichtig genug, für diese Lösung, die den Dingen insgesamt eine völlig andere Richtung gegeben hätte, einzutreten. Er drang aber nicht durch. Immerhin wurde deutscherseits bekannt gegeben, daß man in den chinesischen Gewässern nicht angriffsweise vorzugehen noch die neutrale Schifffahrt zu belästigen beabsichtige. Die Kaperung des russischen Dampfers Rjasan am 4. August blieb auch eine völlig vereinzelte Aktion. Japan ließ aber in Peking wissen, daß es in der Rückgabe Tsingtaus an China keine befriedigende Lösung zu erkennen vermöge. Man vertrat in Tokio die Ansicht, daß China nicht über die nötigen Machtmittel verfüge, um jede Möglichkeit einer Gefährdung des Friedens in Ostasien durch Deutschland wirksam genug ausschließen zu können. Man zog wohl sogar in Zweifel, ob man sich in dieser Hinsicht überhaupt auf Chinas guten Willen verlassen könne. Zugleich ließ Japan in der Presse die Meinung vertreten, eine Neutralisierung Ostasiens, die nach Lage der Dinge bei der Schwäche Chinas mit unter den Schutz der amerikanischen Flotte gestellt werden müßte, berge die Gefahr in sich, daß USA. letzten Endes der Bundesgenosse Deutschlands würde. Das nötigte Washington selbst zur Zurückhaltung. Es scheute die Gefahr kriegerischer Verwicklungen in Ostasien ohnehin, wie wir schon festzustellen hatten. Daran scheiterte der Versuch Yuanschikais. Auch in London glaubte man, es auf Verwicklungen nicht ankommen lassen zu dürfen, die nur eine Schwächung der Entente bedeuten konnten. Man mußte sich über die Bedenken der China-Engländer um des größeren Ziels willen hinweg-

setzen. Mehr als einmal hat es sich im Weltkrieg gezeigt, daß man in Schanghai, Peking und Hongkong anders englisch dachte als in Tokio und London. Immer aber haben sich schließlich diese beiden durchgesetzt. Dort empfand man stärker, daß England ja gar nicht mehr so frei und unabhängig war, wie man es sich bei den China-Engländern wünschte. Die Verzahnung der englisch-japanisch-russischen Interessen, die sich, wie wir gesehen haben, seit 1907 entwickelt und in immer neuen Abreden stets enger gestaltet hatte, stellte die japanische Haltung nicht nur unter die Bedingungen des Bündnisses mit England, sondern auch unter die der Vereinbarungen mit Rußland. Dieses aber befand sich zur Zeit, wie wir hörten, in sehr ernsten Auseinandersetzungen mit China wegen der Mongolei. Es brauchte außerdem unbedingte Sicherheit für die Offenhaltung Wladiwostoks und den Verkehr auf der Sibirischen Bahn, war das doch nach Sperrung der Ostsee und der Dardanellen zunächst seine einzige Verbindung mit der Außenwelt. Hätte England vielleicht auch für sich allein verneinen können, in Ostasien tatsächlich unmittelbar bedroht und infolgedessen zu kriegerischen Gegenmaßnahmen genötigt zu sein, von Rußland aus gesehen lagen die Dinge anders. Waren sich aber Japan und Rußland einig, so konnte sich England nicht sperren, ohne die Zusammenarbeit der Weltkriegsgemeinschaft gleich im ersten Anfang zu gefährden. Aus der Tatsache, daß sowohl an den entscheidenden Verhandlungen in Tokio in den ersten Augusttagen stets der russische Vertreter mit beteiligt gewesen ist, wie, daß schon am 2. August der Gouverneur des japanischen Kwantung-Pachtgebiets (Liautung-Halbinsel) zu Verhandlungen mit den Russen nach Harbin fuhr, geht überzeugend hervor, eine wie maßgebende Rolle die russisch-japanischen Verpflichtungen beim Eintritt Japans in den Krieg gespielt haben. Unter russischem Druck hat England die Notwendigkeit, den Automatismus des Artikels 2 seines Bündnisses mit Japan in Gang zu setzen, anerkannt. Daß davon in der Begründung, die Japan seinem Ultimatum und der Kriegserklärung an Deutschland gab, mit keinem Wort die Rede war, entsprach offensichtlich einer Rücksichtnahme auf USA. und China. Vor allem aber verbargen so

England sowohl wie Japan die Gedanken, die sie im tiefsten Grunde bestimmten. Indem Japan die Dinge so hinstellte, als ob es nur in Erfüllung seiner Bündnispflichten England gegenüber zur Sicherung des Friedens in Ostasien die Waffen wider Deutschland erhebe, war es der Peinlichkeit überhoben, sofort seine eigentlichen Ziele enthüllen zu müssen und unbequemen Fragen darüber Antwort zu stehen. Indem England aber die Entwicklung, die nun die Dinge in Ostasien nehmen mußten, auf die Rechtsgrundlage seines Bündnisses verankerte, sicherte es sich die Möglichkeit, den Bundesgenossen, sei es im Augenblick auch noch so gelinde, unter Einfluß zu halten. So peinlich das ganze Vorgehen blieb, bei dem man ja nicht um eine Verletzung der Neutralität Chinas herumkam, die der von England als Kriegsgrund gegen Deutschland benutzten belgischen nicht das geringste nachgab, so war doch gerade die englische Beteiligung am ehesten geeignet, den amerikanischen Argwohn zu beschwichtigen. Auch China gegenüber übernahm man gern in diesem Sinne mit die Verantwortung, um es einigermaßen zu beruhigen. Angesichts des amerikanischen Versagens blieb ja England tatsächlich die einzige Hoffnung Chinas. So erklärt sich aber auch der starke Wunsch maßgeblicher chinesischer Kreise, Deutschland möge Sieger bleiben. Erst als sich 1917, mit dem aktiven Hervortreten Amerikas, wieder die Möglichkeit eröffnete, hier den starken Bundesgenossen zu finden, den China brauchte, gelang es in Peking, den Glauben an Deutschland zu erschüttern und den Abbruch der Beziehungen zu ihm als die aussichtsreichere Entscheidung erscheinen zu lassen. Wie sehr China sich dabei getäuscht hat, werden wir noch darzustellen haben.

Am 7. August 1914 war die grundsätzliche Entscheidung gefallen. England erklärte sich zur Annahme japanischer Hilfe gemäß Artikel 2 des Bündnisses bereit. Der bestimmte in seinem zweiten Teil gemeinsame Durchführung der kriegerischen Maßnahmen. Dazu gehörte die im Artikel 5 enthaltene Vorschrift, daß die Bedingungen, unter denen notwendig werdende Waffenhilfe gewährt werden sollte, und die Mittel, die dabei anzuwenden wären, von Fall zu Fall zu treffenden Vereinbarungen unterliegen sollten. Dafür waren die beiderseitigen

General- und Admiralstäbe zuständig, die sich von Zeit zu Zeit — wohl auch ohne aktuellen Anlaß — ins Benehmen zu setzen hatten. Auf Grund dieses Artikels 5 hatte England schon Anfang Juli unmittelbar nach dem Attentat von Serajewo mit Japan Fühlung genommen. Es war das aber nur eine erste allgemeine Vorsichtsmaßnahme wie die damalige Zusammenziehung der englischen Flotte. In den nunmehr am 8. und 9. August noch in Tokio stattfindenden Verhandlungen hat England augenscheinlich zunächst versucht, die kriegerischen Maßnahmen auf solche zur See gegen das Kreuzergeschwader des Grafen Spee zu beschränken. Japan erklärte jedoch, daß nach seiner Ansicht auch bei diesem Ziel die Eroberung Tsingtaus die erste und unerlässliche Aufgabe sein müsse. Von England wurde, den Pressestimmen nach zu urteilen, eingewendet, daß weder ihm noch auch den Russen, die alle verfügbaren Kräfte aus dem Fernen Osten an die deutsche Front warfen, die für eine Belagerung Tsingtaus erforderlichen Waffen und Truppen zur Verfügung stünden, daß also die im Bündnisvertrag vorgesehene „gemeinsame“ Durchführung der kriegerischen Maßnahmen nicht möglich sei und daß man deswegen darauf verzichten müsse, um so mehr, als auch die amerikanische Empfindlichkeit und die chinesische Neutralität Rücksicht verlangten. Japan gab aber nicht nach. Chinas Zustimmung zu erlangen, übernahm es selbst durch eine Sondierung in Peking. Amerikas Bedenken übernahm es dadurch zu zerstreuen, daß es in seinem Ultimatum an Deutschland davon sprechen wollte, die Vertreibung Deutschlands aus Tsingtau nur dazu vorzunehmen, um den Frieden zu sichern, nicht aber, um sich selbst zu bereichern, weshalb das Pachtgebiet später auch an China zurückgegeben werden würde. In diesem Sinne wurden in der Tat auch sonst noch wiederholt japanische Erklärungen abgegeben. Japan legte später indessen besonderen Wert darauf, daß es diese Erklärungen durchaus freiwillig abgegeben habe, und lehnte entschieden ab, sich dadurch irgend jemandem gegenüber verbindlich verpflichtet zu haben. In dem Ultimatum vom 16. August 1914 ist der Wortlaut auch so gewählt, daß man sagen kann, es wäre bei seiner Annahme allenfalls eine Ver-

pflichtung Japans Deutschland gegenüber zustande gekommen; auch das aber sei nicht erfolgt, weil Deutschland das Ultimatum nicht angenommen hat. England blieb so, nachdem es hatte A sagen müssen, nichts anderes übrig, als in den sauren Apfel zu beißen und nun auch B zu sagen. Um den Schein der gemeinsamen Kriegsführung zu wahren, entsandte England eine kleine indische Abteilung zur Belagerungssarmee und einige ältere Schiffseinheiten zur Blockadeflotte. Am 9. August wurde der deutsche Botschafter in Tokio, Graf Rex, bereits vertraulich von dem Ergebnis verständigt. Am 12. August wußte man auch in Peking amtlich Bescheid. Dem japanischen Vorgehen ausdrücklich zuzustimmen, und zwar als einer Hilfeleistung zur Aufrechterhaltung des Friedens, die Japan China damit gewähre, lehnte man in Peking ab. Einen Augenblick dachte Yuanschikai daran, sich mit einer chinesischen Truppenabteilung am Kampf gegen Tsingtau zu beteiligen. Das wurde jedoch von Japan abgelehnt. So beschränkte sich China darauf, gegen die Verletzung seiner Neutralität Einspruch zu erheben, ohne jedoch dagegen Widerstand zu leisten. Der Einspruch sollte später bei den Friedensverhandlungen und Wiedergutmachungsforderungen die Rechtsgrundlage für Schadenersatzansprüche abgeben. In Japan selbst scheint man an einigen Stellen wegen der Haltung Amerikas ernstere Befürchtungen gehabt zu haben. Die englische Pressepropaganda hatte gewirkt. Ministerpräsident Okuma gab aber schon am 10. August in einer Pressekonferenz beruhigende Erklärungen ab. Immerhin wurde das an Deutschland zu stellende Ultimatum erst am 15. August in Tokio vom Kaiser genehmigt.

Als Ziel seines Eingreifens bezeichnete Japan in dem Ultimatum sowohl wie in der späteren Kriegserklärung den „Schutz der allgemeinen im englisch-japanischen Bündnis aufgeföhrten Interessen der Vertragspartner“. Als solche „Interessen“ waren in der Präambel des Bündnisvertrages aufgeführt: 1. Festigung und Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens in Ostasien und Indien, 2. Erhaltung der gemeinsamen Interessen aller Mächte in China durch Sicherung der Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit des chinesischen Reiches und des

Grundsatzes gleicher Möglichkeiten für Handel und Industrie aller Nationen in China, 3. Erhaltung des Gebietsbesitzes der Vertragspartner in Ostasien und Indien und Verteidigung ihrer Sonderinteressen in diesen Gebieten. In unserem Zusammenhang interessieren besonders die Punkte 2 und 3. Hier ist unterschieden zwischen den Sonderinteressen in bestimmten Einflußsphären jeweils der beiden Vertragspartner (Punkt 3) und allgemeinen Interessen in China, die allen Mächten gemeinsam sind und mit dem Grundsatz der offenen Tür wie der Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit Chinas zusammenhängen (Punkt 2). Daß diese letzteren durch Deutschland tatsächlich bedroht sein sollten, war eine reichlich kühne Annahme. Die allgemeine Erstreckung des japanischen Ziels auch auf diese „Interessen“ gab deshalb sofort zu allerlei Vermutungen Anlaß. Gingene die Vereinbarungen zwischen Japan und England — und auch Rußland, wie man nicht vergessen darf — etwa so weit, so fragte man sich, daß Japan den Schutz der allgemeinen Interessen seiner Vertragspartner während des Krieges auch dann wahrzunehmen haben sollte, wenn sie nicht von Deutschland, sondern von anderer Seite bedroht würden? Sollte das z. B. auch gegen China selbst oder etwa gegen USA. gelten? Hatte es Japan völlig selbständige in der Hand, rein von sich aus zu entscheiden, ob und wo eine Bedrohung vorliege? Als Inhalt der am 9. August zustande gekommenen Vereinbarung zwischen Japan, Rußland und England war der Pekinger Regierung mitgeteilt worden, daß Japan die beiden anderen Mächte in ihren jeweiligen Einflußsphären vertreten solle, mit volliger Handlungsfreiheit anderswo. Das wurde so ausgelegt, als hätten England und Rußland ihren Besitz und ihre Interessen in Ostasien unter den Schutz Japans gestellt und als hätten sie Japan freie Hand gegeben, auch offensiv gegen China vorzugehen. In der britischen Gesandtschaft in Peking wurde die Berechtigung einer derartigen Auffassung bestritten. Tatsächlich hat sich aber später erwiesen, daß Japan doch der Sprecher für seine Bundesgenossen China gegenüber geworden war. Das wurde vor allem sichtbar, als es sich darum handelte, daß China in den Krieg gegen die Mittelmächte mit eintrate. Freilich hat jene Vereinbarung

auch nicht ausgeschlossen, daß namentlich England in Peking während des Krieges trotzdem eine sehr eigenwillige und unabhängige Politik trieb. Immerhin hat Japan wohl geglaubt, hier in der Tat die Grundlage für das Vorgehen gefunden zu haben, mit dem es nach dem Fall Tsingtaus die Dinge selbstständig weiter zu gestalten versucht hat. Es muß sich vor allem tatsächlich freie Hand ausbedungen gehabt haben, außerhalb der engeren Interessensphären seiner Bundesgenossen unabhängig vorgehen zu dürfen. In Peking hat man das damals sofort richtig durchschaut. Das Verhalten Japans in allen diesen Verhandlungen war zu zielbewußt und folgerichtig, als daß hätte verborgen bleiben können, daß ihm Tsingtau nur Mittel zum Zweck war. Das Mitglied der chinesischen Regierung, das bei einer Besprechung der Nachrichten aus Tokio am 12. August die Frage stellte: „Japan hat doch die Manduschurei in Händen, weshalb will es deswegen Streit anfangen?“, traf den Nagel auf den Kopf. Die Weiterentwicklung gab ihm durchaus recht.

Die Vorgänge im August 1914 und ihre Grundlagen sind absichtlich etwas ausführlicher dargestellt worden. Diese Deutschland unmittelbar angehenden Dinge sind bisher nicht genügend bekannt. (Vgl. „Die Kämpfe der Kaiserlichen Marine in den deutschen Kolonien“, herausgegeben vom Marine-Archiv, Berlin 1935, S. 24 Anm.) Sie stellen aber die Wendung dar, die für alles, was seitdem geschehen ist und noch gegenwärtig zur Entscheidung steht, die Grundlage geschaffen hat, und müssen deshalb aufs genaueste beachtet werden. Wer nur den kriegerischen Zusammenstoß zwischen Japan und Deutschland sieht, verkennt die wahre Bedeutung des Ganzen. Wenn japanischerseits immer wieder betont worden ist, der Angriff auf Tsingtau sei nicht im mindesten aus Haß gegen Deutschland oder aus Rachedurst wegen des Eingriffs seinerzeit (1895) nach dem Frieden von Schimonoseki erfolgt, so verdient das durchaus Glauben. Japan handelte zwangsläufig ohne alles Ressentiment gegen Deutschland rein aus den Notwendigkeiten seines nationalen Lebensinteresses. Die Erinnerungen an Schimonoseki spielten nur insofern eine Rolle, als Japan damals die Erfahrung gemacht hatte, daß es

seine Ansprüche gegen China nur durchzusetzen in der Lage sein würde, wenn es mit Peking allein zu tun haben würde, ohne befürchten zu müssen, daß China an anderen Mächten einen Rückhalt zu finden hoffen könne und daß über einen Ausgleich zwischen Peking und Tokio der Areopag der Großmächte die letztentscheidende Schiedsrichterrolle beanspruchen dürfe. Diese Erkenntnis ist allerdings für die japanische Politik seit Schimonoseki bis zur Gegenwart grundlegend und richtunggebend. Sie hatte seit jener bitteren Stunde nur das eine Ziel, die Möglichkeit einer Wiederholung jener Niederlage auszuschließen. Das richtete sich nicht gegen Deutschland, sondern gegen alle, auch gegen England. Das Bündnis mit den letzteren hatte vom japanischen Standpunkt nur den Zweck, die Einheitsfront der Großmächte zu sprengen und den Druck möglicher Gegenwirkungen zu mildern. Ging es nicht mit England, so wäre Japan auch jede andere Verbindung recht gewesen. Das zeigt die Entwicklung seiner Beziehungen zu Rußland. Daß somit Japan aber immer noch eine Abhängigkeit von einem oder mehreren Bundesgenossen in Kauf nehmen mußte, die zu zahlreichen Rücksichtnahmen nötigte, hat man in Tokio nie übersehen. Deshalb benutzte man die Stunde der Not der anderen nun auch sofort, um sich die Erfüllung der Bündnisverpflichtungen mit der Anerkennung der Vordringlichkeit seiner eigenen Interessen und der Gewährung völliger Handlungsfreiheit bei deren Verfolgung bezahlen zu lassen. Von diesem Augenblick an hing es von Japan ab, wie sich die Lage an der chinesischen Nordfront gestalten sollte. Tokio allein war es nach den obwaltenden Umständen, das das Gesetz des Handelns bestimmte. Der darin liegenden ungeheuren Verantwortung war man sich in Japan durchaus bewußt. Man wußte auch, daß man bis zum Ende des Weltkrieges am Ziel sein mußte. Das Entscheidungsjahr war, wie wir sahen, 1923. Dabei kam es vor allem darauf an, entweder im Guten zu einer Verständigung mit China zu gelangen oder es dazu zu zwingen. Das bestimmte das weitere Geschehen.

### *Die japanischen Forderungen von 1915*

Als Japan sich Anfang November 1914 im Besitz von Tsingtau befand, ohne daß das Ende des Weltkriegs abzusehen war — nach dem Ausgang der Marneschlacht —, stand es vor schweren Entscheidungen. Die angelsächsische Presse erinnerte daran, daß Tsingtau Deutschland nur hatte abgenommen werden sollen, um es an China zurückzugeben. China hob die für die Kämpfe um Tsingtau erfolgte Erklärung einer besonderen Kriegszone in der Provinz Schantung wieder auf und drängte auf Wiederherstellung des Friedenszustandes für Handel und Verkehr. So mußte Japan nun wohl oder übel Farbe bekennen. Es glaubte eine Lösung in einem Tauschgeschäft finden zu können. China sollte Japans Rechte in der Mandschurei über das Jahr 1923 hinaus verlängern, auch in einigen Punkten noch sachlich und gebietsmäßig erweitern. Dafür wollte Japan China in seinem längst verfolgten Bestreben unterstützen, sich von den sogenannten „ungleichen“ Verträgen zu befreien, die ihm von den europäischen Mächten aufgezwungen worden waren und diesen unerträgliche, mit der chinesischen Souveränität und dem Selbstbestimmungsrecht des chinesischen Volkes auf die Dauer unvereinbare Vorrechte verschafft hatten. Zur Unterstützung in der Abwehr der zu erwartenden Gegenmaßnahmen der Mächte wollte Japan China ein Schutz- und Trutzbündnis anbieten. Im Rahmen dessen wäre es bereit gewesen, die militärische Reorganisation Chinas zu übernehmen, ihm eine eigene Rüstungsindustrie aufzubauen und ihm auch bei der Modernisierung seiner Verwaltung zu helfen, um seine finanzielle Selbständigkeit zu ermöglichen. Dieses Gesamtprogramm, im einzelnen in 21 Punkten formuliert, trug am 18. Januar 1915 der japanische Gesandte Hioki, der vorher zur Information nach Tokio gerufen worden war, Yuanschikai in einer streng vertraulichen Audienz vor. Japan verlangte strikte Geheimhaltung. Es wollte unbedingt nur unter vier Augen verhandeln, was angesichts der Kühnheit des ganzen Planes verständlich ist. Seinerseits fühlte es sich wenigstens den eigenen Bundesgenossen gegenüber moralisch durchaus gedeckt, da es

sich ja Handlungsfreiheit ausbedungen hatte. Es ist aber zu vermuten, daß wenigstens Rußland in einem Umfang ins Vertrauen gezogen worden ist. Es hielt sich in den bald ausbrechenden Auseinandersetzungen bemerkenswert zurück und beteiligte sich kaum an der Polemik gegen Japan. Statt dessen verfolgte es seine eigenen, auf die Loslösung der äußeren Mongolei gerichteten Bestrebungen trotz der Inanspruchnahme durch den Krieg gegen die Mittelmächte gerade in jener Zeit besonders tatkräftig weiter und gelangte fast gleichzeitig mit dem Abschluß der japanisch-chinesischen Verhandlungen am 25. Mai 1915 ebenfalls zu einem für seine Ziele günstigen Abkommen mit China, an dem auch die Mongolei als dritter Partner beteiligt war. Japan hat im übrigen sein Ziel nicht erreicht. Im wesentlichen setzte es nur die Verlängerung und Erweiterung seiner Rechte in der Mandschurei durch, selbst das aber nicht im Wege freiwilligen Zugeständnisses von Seiten Chinas, sondern durch ultimative Androhung von Waffengewalt. Der große Wurf war also mißlungen. China hatte sich einer durchgreifenden Bereinigung aller Fragen noch einmal entzogen. So änderte sich auch in der Lage an der Nordfront grundsätzlich vorläufig nichts. Hätte Japan sein Ziel erreicht, so wäre die Nordfront zunächst, soweit die südliche Mandschurei und innere Mongolei in Frage kam, in dem chinesisch-japanischen Bündnis unsichtbar geworden und unschädlich gemacht gewesen, vielleicht sogar darüber hinaus im Ganzen, sofern es dahin gekommen wäre, daß sich Rußland diesem großasiatischen Bund anschloß. So aber machten die neuen Verträge mit den erweiterten Zugeständnissen Chinas im einzelnen, bei Aufrechterhaltung seiner Grundeinstellung, wenig aus, um so weniger als das Scheitern des japanischen Vorstoßes die Verstimmung zwischen Peking und Tokio verschärft hatte. Das schließlich nicht zu vermeiden gewesene Bekanntwerden seiner Forderungen an China hatte Japan auch in den Augen Amerikas erneut wieder stärker verdächtig gemacht. Die englischen Gegner der Entscheidung vom August 1914 waren in ihrer Ansicht von der Gefährlichkeit der Entfesselung des japanischen Ausdehnungsdranges bestärkt. So mußte Japan mit verschärftem

Widerstand rechnen und konnte im Grunde nur die Aufrechterhaltung der engen Verbindung mit Rußland als Aktivum verbuchen. Auf dieser Interessengemeinschaft baute es denn auch zunächst weiter.

### *Yuanschikais Kaisertraum*

In den japanisch-chinesischen Verhandlungen Anfang 1915 hatte Yuanschikai die Möglichkeit eines Bündnisabschlusses auch mit dem Hinweis auf die Unsicherheit seiner Stellung als kurzfristig gewählten Präsidenten in Zweifel gezogen. Japan kannte die revolutionäre Gegnerschaft Yuanschikais in China und hat versucht, sie für seine Zwecke auszunutzen. Diese Gegensätze gaben aber auch den Gegenspielern Japans die Handhabe, ihm Schwierigkeiten zu bereiten. Es ist hier nicht der Ort, die innerpolitische Entwicklung Chinas im einzelnen zu verfolgen. Das verlangt eine Darstellung für sich. Im Augenblick muß der Hinweis genügen, daß aus jenen Andeutungen Yuanschikais, seine Stellung müßte stärker sein, um bündnisfähig werden zu können, jene monarchische Bewegung hervorgegangen ist, die China 1915/16 aufs schwerste erschütterte und darüber hinaus mit ihren Folgen für Jahre lahm legte. Englische und amerikanische Kräfte arbeiteten daran, die Kaiserabsichten Yuanschikais dafür nutzbar zu machen, mit einer Stärkung Chinas auf diesem Wege eine Schwächung Japans vorzubereiten. Als aber der anfangs von Japan nicht beanstandeten Bewegung eine Spitze gegen seine Interessen gegeben werden sollte, erhob es Einspruch und brachte sie zum Scheitern. Yuanschikai starb darüber Anfang Juni 1916. Hatten sich dabei schon die englisch-japanischen Beziehungen bedenklich zugespitzt, so wurde die Lage noch ernster, als Amerika Yuanschikais Nachfolger in seinem Sinne zu beeinflussen unternahm. Es war die Zeit, als sich Wilson vor seiner Wiederwahl mit Friedensvermittlungsabsichten trug und für die Friedensverhandlungen die Anmeldung der chinesischen Forderungen vorzubereiten gut scheinen konnte. In dieser Zeit waren auch Gerüchte von einer möglichen Sonderverständigung Deutschlands mit Rußland aufgetaucht. Im Zusam-

menhang damit erörterte man in Japan, ob es noch Zweck hätte, das Bündnis mit England fortzusetzen, und ob es nicht vorteilhafter wäre, über Rußland nach einem Anschluß an Deutschland zu streben. Für alle Fälle wurde in Tokio zunächst einmal am 3. Juli 1916 ein neues Abkommen geschlossen, in dem sich Rußland und Japan gegenseitigen Schutz ihrer Stellung an der Nordfront verbürgten. Das Bündnis war ganz offensichtlich gegen USA. gerichtet, von dem man Wiederaufnahme seiner früheren Politik befürchtete. Eine wesentliche Veränderung der Lage an der Nordfront war aber auch damit nicht herbeigeführt.

### *Chinas Eintritt in den Weltkrieg*

Eine weitere Etappe der Entwicklung bedeuteten die Kämpfe, die sich um den Eintritt Chinas in den Krieg gegen die Mittelmächte abspielten, und der Ausbruch der Revolution in Rußland im März 1917. Ende 1916 hatte noch die Zustimmungsnote Chinas zu den damaligen Friedensvorschlägen Wilsons, in denen bereits die für China besonders angenehm klingende und unzweifelhaft auf die chinesischen Verhältnisse gemünzte Forderung nach Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker auftauchte, erneut bewiesen, wie nahe sich China und USA. standen. Die Aufforderung Wilsons an China im Februar 1917, sich dem Abbruch der Beziehungen zu Deutschland anzuschließen, fand deshalb bei den damals in Peking am Ruder befindlichen chinesischen Politikern, die alles Heil von USA. erwarteten, sofortige Zustimmung. Rußlands zunehmende Schwäche war kein Geheimnis mehr. Das sich revolutionierende Rußland besaß auch nicht mehr ohne weiteres die Zuneigung der Mongolen. In der Tat gelang es sehr bald, die Mongolei wieder enger an China anzuschließen. Das eben zustande gekommene Bündnis mit dem untergehenden Rußland verlor für Japan aber gleichzeitig an Wert. So verschlechterten sich die Aussichten Tokios zusehends. Wilsons Absicht war in jener Zeit augenscheinlich, einen Block der bisherigen Neutralen zusammenzuschließen und mit ihnen auf der Friedenskonferenz die Vermittlung zwischen den kriegsführenden Par-

teien zu diktieren. Wie dieses Diktat für China und dessen Nordfront ausgefallen wäre, kann man sich nach dem, was über die bisherige Entwicklung dieser Fragen zu sagen war, unschwer ausmalen. Tokio hätte schwerlich etwas von den Hoffnungen von 1914 gerettet. Es war ein erster Lichtblick für Japan, daß sich im Widerstand gegen solche Möglichkeiten eines Wilsonschen Schiedsgerichts die Entente wieder fester zusammenfand. Auch Rußland hoffte man unter Kerenskis Regierung dafür aktivieren zu können. Japan verstand es, sich im Laufe des Februar 1917 die Zustimmung Englands, Frankreichs und Rußlands — mittelbar auch Italiens — dafür zu sichern, daß China zu zwingen sei, nicht gesondert an der Seite von USA., sondern als Mitglied der Entente in den Krieg einzutreten, und es ließ sich auch diesen neuen Beweis von Bündnistreue bezahlen, dadurch, daß ihm von allen drei Regierungen verbrieft wurde, sie würden auf der Friedenskonferenz dafür eintreten, daß die deutschen Rechte in Schantung ihm überantwortet würden, nicht aber unmittelbar an China zurückfielen. Noch war Japan im Besitz des Faustpfandes Tsingtau. So konnte es, nach der Bestätigung als Rechtsnachfolger Deutschlands durch die Friedenskonferenz, hoffen, zu gegebener Zeit noch einmal dort wieder einsetzen zu können, wo es im Mai 1915 gescheitert war. Die Aussicht schien um so besser, als schon jetzt Japan auch in China im übrigen bei einem Teil der Politiker Verständnis fand. Diese hatten nicht vergessen, wie sie 1914, 1916 und noch öfter von USA. wie von England im Stich gelassen worden, und waren deshalb zu der Überzeugung gelangt, daß nur von einem Zusammengehen mit Japan etwas erwartet werden dürfte, das jetzt zugleich auf die Isolierung Wilsons hinweisen konnte, ferner auf die Unsicherheit, in Rußland einen Bundesgenossen zu gewinnen, der sich für die amerikanische Politik einzusetzen bereit wäre, dagegen auf die Stärke der Entente und die Vorteile, die sie einem zuverlässigen China zu bieten in der Lage wäre. Als diese Gruppe, freilich nicht ohne Schwierigkeiten, in Peking ans Ruder kam, erreichte Japan bei ihr gegen Gewährung einiger Anleihen sogar den Abschluß von Bahnbauverträgen, die unausgesprochen die Anerkennung so-

wohl der japanischen Stellung in Schantung, wie in der Mandschurei und inneren Mongolei im Sinne der Verhandlungen vom Frühjahr 1915 voraussetzten und einschlossen. Japan konnte später nicht ganz mit Unrecht darauf hinweisen, daß sich China damit der Möglichkeit begeben habe, die Rechtsgrundlage in Zweifel zu ziehen, von der aus es nicht solche Abmachungen hätte treffen dürfen, wenn es sie selbst anfocht. Um das Maß vollzumachen, gelang es Japan im Herbst 1917 auch noch das Lansing-Ischii-Abkommen mit USA. zustande zu bringen, in dem ihm seine aus der geographischen Lage und der Geschichte erwachsene Sonderstellung in den ihm nächstgelegenen Gebieten Chinas anerkannt wurde. In der Not der unterschätzten Kriegsvorbereitung gegen Deutschland mußte sich Washington zu diesem Zugeständnis bereit finden. So glaubte Japan der Friedenskonferenz beruhigt entgegensehen zu können.

Allein die bolschewistische Revolution im Herbst 1917 brachte noch eine Störung. Es konnte bald kein Zweifel sein, daß darnach Rußland bei der Liquiderung des Weltkrieges keine aktive Rolle spielen würde. Japan hatte damit zu prüfen, wer etwa als Rechtsnachfolger Rußlands in den ihm am Herzen liegenden Fragen würde auftreten können und welche Ansprüche ein solcher vermutlich vertreten und mit wessen Hilfe er sie durchzusetzen versuchen würde. Die Bahnbaute in der Mandschurei wie in Sibirien waren mit französischen Anleihen finanziert worden. Amerika hatte der Kerenski-Regierung eine Anleihe gewährt und eine technische Kommission zur Reorganisierung des Bahnbetriebs gesandt. Japan hatte große Ansprüche aus unbezahlten Kriegslieferungen und war bemüht, sich als Faustpfand die noch in Wladiwostok lagernden Vorräte zu sichern. Alle diese Interessen wirkten zusammen, um 1918 eine interalliierte Intervention in Sibirien herbeizuführen. Sie kam der „weißen“ russischen Gegenrevolution unter Koltschak zu Hilfe, der es tatsächlich gelang, bis über den Ural westwärts vorzustoßen, die aber dann sehr bald doch kläglich zusammenbrach. Japan stellte das stärkste Kontingent für die Interventionsarmee. Es besetzte Wladiwostok und drang bis an den Baikalsee vor, immer von seinen

Bundesgenossen argwöhnisch beobachtet und gehemmt, seine Kräfte frei zu entfalten und die Lage restlos auszunutzen. Die japanischen Truppen blieben auch noch in Sibirien, als die anderen alliierten Kontingente zurückgezogen wurden. Japan bestritt, die ostsibirischen Gebiete an sich reißen zu wollen. Aber man sagte ihm derartige Pläne doch nach. Die Lage blieb bis über die Versailler Konferenz hinaus unklar. In dieses Abenteuer hatte Japan im übrigen auch seine chinesischen Freunde verstrickt. Absichtlich wurde die Gefahr übertrieben, die angeblich für China von den in Sibirien befindlichen deutschen Kriegsgefangenen drohen sollte. Um ihr zu begegnen, stellte China eine besondere Truppe auf, deren Ausrüstung und Ausbildung von Japan besorgt werden sollte. Im Grunde lief das nur auf einen Ansatz zur Aufnahme der Verwirklichung der im Januar 1915 angebotenen umfassenden Unterstützung und auf die Schaffung einer Schutztruppe für japanfreundliche chinesische Politiker hinaus. Es ging infolgedessen davon mehr Störung für die chinesische Innenpolitik als praktische Wirkung für die Gestaltung der Dinge an der Nordfront aus.

### *Versailles*

So lagen die Verhältnisse, als die chinesischen Angelegenheiten in Versailles zur Erörterung kamen. Auf die Abmachungen mit England, Frankreich und Italien gestützt — auf Rußland kam es nicht mehr an — gelang es Japan unter geschickter Ausnutzung der chinesischen Ungeschicklichkeit in Gestalt jener Eisenbahnleiheverträge unschwer durchzusetzen, daß die ehemaligen deutschen Schantungrechte ihm übertragen wurden. Wilson, der angeblich von jenen Abreden zwischen Japan und seinen Bundesgenossen nichts gewußt hat, war durch das Lansing-Ischii-Abkommen halb gebunden. Auch die unklare Haltung Chinas bereitete ihm Schwierigkeiten. Um China wirklich restlos gegen Japan einsetzen zu können, hätte man ja erst den Einfluß der japanfreundlichen Politiker in Peking ausschalten müssen. Im Augenblick hätte Wilson seinen Willen nur durchsetzen können, wenn er bereit gewesen wäre, es auf eine Sprengung der Versailler Konferenz ankom-

men zu lassen. Davor schreckte er zurück und beugte sich vor dem Willen der Entente. Weder aber in USA. noch in China hat man ihm diesen Verrat vergessen. Die Folgen sind bekannt. China lehnte ab, die Versailler Festsetzungen zu unterschreiben. Die Vereinigten Staaten versagten dem Versailler Frieden wegen der Vergewaltigung Chinas ebenfalls die endgültige Unterschrift. Die amerikanische Presse meldete schon während der Verhandlungen die Absicht an, daß sobald wie möglich eine Revision in Angriff genommen werden würde. Um dafür die Hände frei zu haben, zog sich Washington vom Völkerbund, Wilsons Lieblingsschöpfung, zurück. Die englische öffentliche Meinung schlug unter dem Einfluß der zu den Anrainern des Pazifik gehörenden Kolonien und der China-engländer sehr rasch um. Man verschloß sich der Notwendigkeit einer Revision hier um so weniger, als einzusehen war, daß nur um diesen Preis nicht nur die Freundschaft mit USA., sondern auch der Zusammenhalt des Empire zu retten war, ganz abgesehen von den britischen Interessen in China selbst. Das Bündnis mit Japan um deswillen preiszugeben, wie es nachher in der Tat insbesondere auf Wunsch Amerikas geschah, fiel nicht schwer, nachdem die Entwicklung seit August 1914 gezeigt hatte, wie gefährlich die Freundschaft mit dem japanischen Imperialismus werden konnte. Man befreundete sich mit dem Gedanken um so leichter, als der Bündniszweck, der ursprünglich doch durch die gemeinsame Gegnerschaft gegen Rußland gegeben gewesen und 1911 auf die Fesselung Deutschlands umgestellt worden war, mit der Revolutionierung Rußlands und der Niederwerfung Deutschlands entfallen zu sein schien. Beide Gegner kamen, wie die Dinge lagen, annehmbar für Jahre, wenn nicht Jahrzehnte nicht mehr in Frage. So war der japanische Degen vom Standpunkt Londons entbehrlich, es sei denn, daß man ihn gegen USA. gebraucht hätte, wofür jedoch Japan selbst kaum zu haben war. Tokio konnte im Augenblick nur auf die französische Freundschaft noch stärker bauen, die sich für die nächste Zeit infolgedessen unverkennbar festigte. Hier hatte das gemeinsame Interesse am zaristischen Erbe in der Nordmanschurei eine erste Grundlage von einiger Haltbarkeit geschaffen. In

dieselbe Richtung wies das französische Rückversicherungsbedürfnis für Indochina. Von Wert war indessen die französische Freundschaft auch durch den Einfluß, den Paris im Völkerbund auszuüben in der Lage war. Sie darüber hinaus aktiv in Ostasien einzusetzen, konnte kaum in Frage kommen. Höchstens über Warschau war ein gegen Rußland etwa benötigtes Gegengewicht anzubringen. Wie aber sollte Rußland überhaupt in der Richtung eingesetzt werden? Die bisherige Erfahrung bewies, daß Tokio sowohl mit wie gegen Rußland zu rechnen in der Lage und gewohnt war. Solange jedoch an Stelle Rußlands nur ein großes Fragezeichen zu setzen war, blieb auch diese Ungewißheit ein Moment der Schwäche für Japan. Die von der angelsächsischen Presse geschürte Empörung der chinesischen Jugend vor allem gegen die japanfreundlichen Politiker in Peking, die überwiegend der alten Militärbürokratie angehörten, beraubte endlich Japan auch seines Rückhalts in China. Die bald einsetzende Boykottbewegung wie die andauernde Unruhe im Lande schädigte den japanischen Handel. Die Kosten des militärischen Schutzes der Erwerbungen in Schantung ließen Japan auch daran keine rechte Freude erleben. Es konnte mithin kein Zweifel sein, daß Japan in Versailles nur einen Pyrrhussieg errungen hatte. Das Wagnis von 1914 war praktisch fehlgeschlagen. Auf die chinesische Nordfront als Ganzes gesehen kann im übrigen nur festgestellt werden, daß die Weltkriegsjahre hier sehr viel Bewegung gebracht haben, daß man schließlich aber doch nur auf der Stelle getreten hatte.